

# Volkswacht

für Schlessen und Posen.

## Organ für die werktätige Bevölkerung.

**Die Volkswacht**  
 erscheint wöchentlich am Montag, Sonn-  
 abends mit der Abend-Beilage  
 „Welt und Volk“ und ist durch die  
 Expedition, ohne Gegenporto,  
 und durch Zusteller zu beziehen.  
 Preis pro Quartal 3.00 Bfg.  
 für 6 Monate 5.00 „  
 für ein Jahr 9.00 „  
 Durch die Post bezogen 1.00 „  
 Preis für den Einzelheft 1.25 „

Abgabe des Beitrags für die  
 einzelne Nummer oder deren  
 Anzahl für Dresden und Schlessen  
 70 Bfg., außerhalb 80 Bfg.  
 Doppelhefte unter Post 1.50 Bfg.  
 Reichsdruckerei, Wilmanns- u. Giese-  
 u. Giese-Verlag, Leipzig 11 Bfg.  
 Familien-Nachrichten 10 Bfg.  
 Anzeigen für die nächste Nummer  
 müß. d. vorm. 11 Uhr (Korrekturen)  
 in der Druck. abgegeben werden.

**Verantwortlicher**  
 Geschäftsführer Hr. 1208.  
 Postfach-Postamt Dresden Nr. 5552.

**Verantwortlicher**  
 Redaktion Hr. 1111.  
 Postfach-Postamt Dresden Nr. 5552.

Nr. 150.

Breslau, Mittwoch, den 9. Juli 1919.

80. Jahrgang.

# Beginn der Steuerberatungen.

## Die schlesische Fronde.

Aus Oberschlesien schreibt man uns:  
 Die Lage in den östlichen Provinzen  
 Preußens wird immer verwickelter. Auch die  
 Unterdrückung des Friedensvertrages ist selbst-  
 verständlich noch kein endgültiger Abschluß der  
 Zukunft des Ostens. Die Schwierigkeiten  
 werden sich in den nächsten Wochen erst gel-  
 tend machen. Besonders Schlessen ist ein hart  
 umrittener Boden. Hier hat die Arbeiter-  
 bewegung vor dem Kriege noch wenig festen  
 Fuß gehabt und wenn auch während und nach  
 dem Kriege die Unzufriedenheit gewaltig stieg  
 und damit auch die Zahl der Mitkäufer der  
 Sozialdemokratie unheimlich anwuchs, so ist  
 das noch kein Beweis dafür, daß die Arbeiter-  
 bewegung an Kraft gewann. Diese Klasse ist  
 unorganisiert, hat auch gar kein ganz ent-  
 gegengesetzte Interessen. Viele sind aus dem  
 bürgerlichen Lager zu uns herübergekommen.  
 Sie werden gegebenenfalls auch eben so rasch  
 wieder zurückfinden. Die Klasse der schlesischen  
 Arbeiter ist leider indifferent geblieben.  
 Ganz anders das Kapital. Wenn es auch  
 in den ersten Tagen der Revolution so ansah,  
 als ob es geschnitten wäre, die letzten Tage  
 haben gezeigt, daß es noch sehr lebendig ist.  
 Tatsächlich war es auch nirgends in Deutsch-  
 land so stark als bei uns. Das Industrie-  
 kapital Oberschlesiens stellt eine ungeheure  
 Macht dar und der Großgrundbesitz beherrscht  
 schon seit Jahrhunderten die ganze Provinz.  
 Diese Leute konnten am 9. November wohl  
 verblüfft werden, aber um sie ganz aus dem  
 Sattel zu heben, dazu gehört eine etwas rabi-  
 kalere Revolution. Sie haben sich in der  
 Zwischenzeit schon ganz schön den Verhält-  
 nissen angepasst. Scheinbar fügten sie sich der  
 Volksregierung, niemals haben sie aber  
 dabei auf die Vorrechte ihrer Klasse verzichtet.  
 Im Gegenteil, wo es sich darum handelte,  
 die besonderen Rechte ihrer Klasse gegenüber  
 der Regierung wahrzunehmen, da waren sie  
 zu jeder Zeit die radikalsten Opponenten.  
 Nun wissen diese Herren sehr gut, daß in  
 einem noch so sanft sozialistischen Deutschland  
 für sie nicht viel zu holen ist. Man kann es  
 ihnen daher nicht besonders verdenken, daß  
 sie sich aus dem Staatsverbande hinaussehen.  
 Würden sie für ihre Person einfach anwan-  
 dern, dann könnte man nichts dagegen haben,  
 aber die Herren wollen etwas anderes. Die  
 Zwangslage, in der sich das Reich und Preu-  
 ßen augenblicklich befindet, scheint ihnen der  
 geeignetste Augenblick zur Wahrnehmung ihrer  
 persönlichen Vorteile. Schon am Sonn-  
 abend konnte man in den schlesischen Zeit-  
 ungen lesen, daß die Reichsregierung sich mit  
 der Autonomie Schlesiens beschäftigt. Jetzt  
 weiß man, daß schwer kapitalistische Kreise  
 hinter diesem Plan stehen. Selbstverständlich  
 Arm in Arm mit dem Zentrum.  
 Die Kirche ist nicht nur einem guten An-  
 sehen, sondern auch sehr gute Augen für ihren  
 Vorteil. Schon in den ersten Tagen der Re-  
 publik fuhr der geistliche Vater der ober-  
 schlesischen Zentrumspresse, Herr Frick, nach  
 Prag, um dort mit der neuen tschechischen  
 sozialistischen Regierung in Verbindung zu  
 treten. Er plante damals eine Republik  
 Oberschlesiens. Daß diese Idee nicht seinem  
 Kopfe entkam, ist ohne weiteres anzuneh-  
 men. Aber Geschäfte machen läßt sich mit ihr  
 zweifellos. Das Zentrum weiß genau, daß  
 ein autonomes Oberschlesien selbstverständlich  
 auch katholisch bevormundet bleiben wird.  
 Damit ist natürlich der Industriearbeiter poli-  
 tisch rechtlos und somit auch dem Industrie-  
 kapital wehrlos ausgeliefert. So schlägt man  
 zwei Fliegen mit einer Klappe. Die Geschichte  
 kam damals etwas zu früh heraus und das  
 Zentrum sah sich gezwungen, offiziell abzu-  
 winkeln.  
 Jetzt haben sich die Verhältnisse geändert.  
 Die erste stürmische Begeisterung für die sozia-  
 listische Republik ist vorüber. Welche Hoffen-

ber Arbeiter selbst sind verbittert. Ob mit  
 Recht oder Unrecht, das soll hier unerörtert  
 bleiben. Jedenfalls hat sich innerhalb der  
 sozialistischen Partei eine unheilvolle Spal-  
 tung vollzogen, die natürlich die Kraft der  
 Arbeiterklasse ganz gewaltig schwächt. Das  
 Kapital aber und die alten herrschenden Ge-  
 walten haben ihre Kraft vorsichtig geschont.  
 Ganz in der Stille organisieren sie sich zum  
 entschlossenen Widerstand gegen jeden Fort-  
 schritt. Heute wissen wir nicht, welche Regie-  
 rung in Schlessen die stärkere ist, die öffentliche  
 des Reichskommissars Hörsing, oder die ge-  
 heimne des Kapitals und seiner jesuitischen  
 Hintermänner.  
 Schon als es sich darum handelte, den  
 Oberschlesien das Gemeindevahlrecht zu ge-  
 ben, stieg Genosse Hörsing auf ziemlich starken  
 Widerstand. Die Kapitalvertreter und das  
 Zentrum machten allerlei patriotische Eintren-  
 nungen. Ihr Hauptargument gegen das Verwäh-  
 ren demokratischer Freiheiten war selbstver-  
 ständlich die Sicherung ihrer eigenen Macht.  
 Augenblicklich sind sie die regierenden Herren  
 in den Gemeinden. Alle Industrie- und Ober-  
 schlesiens sind vollständig abhängig vom In-  
 dustrie- und Kapital. Die Herren Hörsing und  
 Williger ermahnen nicht nur die Stadtver-  
 tretungen, sondern unter Umständen auch die  
 Magistrate. Gerade ihnen wäre die Wahl der  
 Gemeindevertretungen auf demokratischer  
 Grundlage eine äußerst unangenehme Sache.  
 Sie hätten dann mit unabhängigen Arbeiter-  
 vertretungen zu rechnen, die ihnen manchmal  
 recht unbequem werden könnten. Es ist  
 begreiflich, daß sie sich mit allen Mitteln  
 gegen eine solche Verschlechterung ihrer Stel-  
 lung sträuben. Begreiflich ist auch, daß ge-  
 rade diese Herren den Belagerungsstand in  
 Oberschlesien besonders sehnsüchtig erwünscht  
 und freudig begrüßt haben.  
 Jetzt handelt es sich darum, ob das In-  
 dustriegebiet deutsch oder polnisch werden soll.  
 Da sollte man meinen, daß gerade diese Her-  
 ren, die ja ihre Existenz dem zentralen  
 Deutschland verdanken, sich mit besonderer  
 Begeisterung für einen Anschluß an das  
 Deutsche Reich aussprechen würden. Schein-  
 bar tun sie es ja auch, aber vor dem Vater-  
 land steht ihr persönlicher Vorteil. Und so  
 fordern ihre Vertreter die Autonomie nicht  
 nur Oberschlesiens, sondern der ganzen Pro-  
 vinz, eine besondere Verwaltung, vielleicht  
 ein besonderes Parlament und selbständige  
 Gesetzgebung. Wie diese schlesische Volksver-  
 tretung aussehen wird, kann man sich denken,  
 besonders arbeiterfeindlich jedenfalls nicht.  
 Die Arbeiter Schlesiens müssen sich gegen  
 solche Sonderbestrebungen ganz entschieden  
 zur Wehr setzen. Mögen sie politisch noch so  
 sehr gespannt sein, in dieser Frage müssen  
 sie sich finden. Unter feiner Umständen dür-  
 fen sie tatenlos zusehen, wie hier ein feudal-  
 kapitalistisches Staatsgebilde entsteht. Am  
 Sonnabend haben sich in Weimar die Vertre-  
 ter der Mehrheitsparteien des Parlaments zu-  
 sammengefunden, um diese Frage zu be-  
 sprechen. Sie haben sich entschieden gegen  
 derartige Sonderbestrebungen erklärt. Auch  
 die Vertreter des Zentrums waren dagegen.  
 Das schließt aber nicht aus, daß das Zentrum  
 selbst bei seiner bekannten aalgelatenen Ge-  
 wandtheit sich auch bei der Gegenseite  
 nützlich macht. Es ist aber nicht anzunehmen,  
 daß der Protest der Regierung einen sonder-  
 lichen Eindruck auf die Herren Kapitalisten  
 und Großgrundbesitzer machen wird. Dazu  
 fühlen sie sich schon zu sehr. Überall hört  
 man von Uebergriffen der alten Behörden,  
 die mehr oder weniger im Bunde mit diesen  
 Leuten stehen. Erst vor einigen Tagen wurde  
 der Urmacher Tschape aus Ratibitz einfach  
 a u s g e w i e s e n. Der Mann ist ein alter  
 Genosse, der schon unter dem Sozialistengesetz  
 tapfer für die Partei eintrat. Damals ließ  
 ihn die alte Hohenzollernregierung in Ruhe.  
 Unter der sozialistischen Regierung wurde

hens muß dieser Mehrheitssozialist einfach  
 Deimat und Existenz aufgeben. Wir haben  
 es in Schlessen herzlich weit gebracht.  
 Aber weiter darf es unter keinen Um-  
 ständen kommen. Dafür müssen die Arbeiter  
 sorgen. Jetzt heißt es unter allen Umständen  
 zusammenstehen. Der Auge Plan der Kapita-  
 listen muß scheitern. Gewiß hat die „sozia-  
 listische“ Republik Deutschlands nicht alle  
 Hoffnungen und Wünsche der Arbeiter erfüllt.  
 Die kapitalistische Republik Schlesiens wird  
 aber keine unserer Wünsche erfüllen. Wir  
 danken dafür, vom Kapital und von den  
 Pfaffen zugleich beherrscht zu werden.  
 Schon ein dieser Uebel ist fürchterlich zu  
 tragen. Möge die Regierung den Reaktionsä-  
 ren nur mit derselben Entschlossenheit ent-  
 gegentreten, wie bisher der Gegenseite. Sie  
 wird dabei ganz bestimmt alle Unterdrückten  
 Schlesiens auf ihrer Seite haben.

## Deutsche National-Versammlung.

Weimar, 8. Juli.  
 Am Mittwoch: Damer, Erzberger.  
 Ein Antrag der Unabhängigen,  
 betreffend Einsetzung des gegen den Abg. Eich-  
 horn (U. Soz.) vom Amtsgericht Berlin schweben-  
 den Strafverfahrens für die Dauer der Sitzungs-  
 periode wird auf Antrag des Abg. Sturm an die  
 Geschäftsordnungs-Kommission verwiesen.  
 Es beginnt die  
 erste Beratung der Steuerfrage  
 mit der Interpellation Kner  
 und Genossen (Soz.) betr. finanzielle Erfassung  
 der Kriegsgewinne usw.

## Reichsfinanzminister Erzberger:

Der Reichstag hat die Verträge der Finanzen-  
 der hinter uns liegende Weltkrieg ist der erfolg-  
 reiche Schritt mager des Weltkrieges. Da  
 ich die Ehre habe, das erste Mal als Reichsfinanz-  
 minister vor Ihnen zu sprechen, lege ich ein offenes  
 Geständnis ab: zweimal am in meinem poli-  
 tischen Leben bin ich erschrocken, das eine Mal,  
 als gegen meine Erwartung und gegen vorherige  
 Verabredung der Reichstagskommission am 5. November  
 1918 mich mit der Führung der Waffensstillstands-  
 verhandlungen beauftragte; es war vormittags  
 12 Uhr und abends 5 Uhr mußte ich abbrechen  
 mit unbekanntem Ziel und mit dem kühnen  
 Auftrag, dem deutschen Volk den Waffensstill-  
 stand unter allen Umständen zu bringen. Den  
 zweiten Schreck erlebte ich am 21. Juni 1919,  
 als der Reichspräsident zu meiner großen Ueber-  
 raschung mich anforderte, das Reichsfinanz-  
 ministerium zu übernehmen. Die Beantwortung  
 war kurz: ich mußte ja sagen.  
 In der darauffolgenden Stunde des Deutschen  
 Reiches habe ich so das schwere Kreuz über-  
 nommen. Ich erbitte die Mitarbeit aller Herren  
 in diesem hohen Hause, die mit mir darin einig  
 sind, daß es jetzt nur eine Aufgabe gibt: auszu-  
 halten.

Die wesentliche Voraussetzung für den  
 Wiederaufbau des künftigen Lebens sind gesun-  
 dete Finanzen. Damit ist die erste Arbeit beim  
 Wiederaufbau

eine grundlegende Finanzreform,  
 ein noch durchdachtes System gerechter Steuer-  
 verteilung. Diese Arbeit ist, wenn für den Wieder-  
 aufbau des eigenen Wirtschaftslebens es not-  
 wendig ist, zu wissen, wie groß die Gesamtbe-  
 lastung an Steuern und Abgaben sich gestaltet.  
 Der Friede wird aber kurz oder lang ein Einlen-  
 der Preise bringen. In diesem Augenblick kann  
 die neue Steuerlast eher bewirkt werden  
 werden, als wenn unser Wirtschaftsleben wieder  
 in Ordnung gekommen ist und dann durch neue  
 Steuern schwerer belastet werden müßte.  
 Keine Rettung bringt der Staatsbankrott,  
 denn

Staatsbankrott ist heute Staatsbankrott  
 im Innern und nimmt Deutschland im Ausland  
 jeden Kredit. Deutschland aber braucht Kredit,  
 viel Kredit. Die Maßnahme zur Annulierung  
 der Kriegsanleihe oder Verkündigung des  
 allgemeinen Bankrotts mache ich nicht mit.  
 Der Finanzien für unsere Kriegsanleihe muß  
 gesichert sein. Die deutsche Kriegsanleihe ist von  
 den breitesten Volksschichten aufgebracht. Die  
 Schieber und Kriegsgewinnler, die ihr Geld nicht  
 in Kriegsanleihe angelegt haben, würden dop-  
 pelten Vorteil haben: einmal würden sie große  
 Einnahmen gehabt haben; und zweitens würden  
 sie von der Annulierung nicht getroffen werden.  
 Eherne Pflicht ist es, die ganzen Kräfte dafür ein-  
 zuwenden, daß der Ausdienst der Kriegsanleihe  
 geleistet werden kann.  
 Berechtigt im gesamten Steuerwesen  
 zu kassieren, ist mein oberstes Ziel. Gerechte  
 Steuern sollen eine rasch wirkende Vorbedingung

Sozialisierung dar; sie treffen alle und haben  
 eins voraus: die private Initiative bleibt be-  
 stehen, der begründete Eigenanspruch sucht nach  
 höchster Ermittelung. Ein guter Finanzminister  
 ist der beste Sozialisierungsmittel. Der  
 Grundfehler der Wirtschaftspolitik im Kriege  
 läßt sich auf die kurze Formel bringen, daß man  
 durch die allgemeine Wehrpflicht die lebendigen  
 Kräfte mobil gemacht hat, daß aber die allgemeine  
 Wehrpflicht nicht machte vor dem Kapital und dem  
 Besitz. Die Folgen dieser Ungerechtigkeit waren  
 verhängnisvoll. An Warnungen hat es im Kriege  
 nicht gefehlt. Der ehemalige Reichsminister und  
 leichtfertige aller Finanzminister, Staats-  
 minister Heßlerich, hat dieser Tage von den  
 inneren Mächten der Regierung  
 gesprochen, die die Katastrophe des moralischen  
 und nationalen Zusammenbruchs verkündet  
 haben. Er hat es unterlassen, hierbei jene un-  
 heilvolle Wirtschaftspolitik der damaligen  
 Regierung zu erwähnen, die dem moralischen  
 Siegeswillen des deutschen Volkes so sehr ge-  
 schadet hat und deren hauptsächlichster Träger  
 er war.

Drohend erhebt sich nunmehr aus dem  
 Zusammenbruch der bisherigen Staats- und  
 Wirtschaftspolitik als bittere Reaktion des  
 verletzten Bewußtseins der Volksmassen  
 die wahnwitzige, alles zerstörende und regierbare  
 Theorie des Volkswirtschafts. Das Ziel ist  
 gegen diese gefährliche Krankheit ist die so-  
 ziale Gerechtigkeit aufzuklären heilige Ordnung,  
 welche den wohlbegünstigten Volkswirtschaften Rech-  
 nung trägt und in längerer Fährten das Gebot  
 der Stunde erfüllt. Der verhängnisvolle Weg zur  
 Sozialisierung ist nur der Weg der überkapita-  
 listischen Kriegswirtschaft.

Ein großes Stück Sozialisierung ist aller-  
 dings bereits vollzogen worden. Das Einkommen  
 des Arbeitnehmers und das Fehlen des Selbst-  
 wertes sind die größte Sozialisierung, die die  
 Welt kennt. Der Kapitalist, der vor dem Kriege  
 aus 100 000 Mark Vermögen 6000 Mark Jahres-  
 einkommen zog und heute dieselbe Marke hat,  
 steht jetzt schlechter da, als der Telegraphen-  
 arbeiter, der vor dem Kriege 1000 Mark Jah-  
 reseinkommen hatte und jetzt 7000 Mark Lohn bezieht.  
 Eine gut durchdachte, sorgfältig angelegte Reichs-  
 finanzreform wird dem Staat nach Sozialisierung  
 sehr verfahren:

Erhöht die Steuer und große Vermögenswerte  
 nach die ersten drückenden Schritte; es  
 werden folgen.

Der große Steuerforderer des Reiches  
 kann um das einzige Deutsche Reich, ein  
 das in seiner Einheit und Geschlossenheit aus  
 dem Kriegszusammenbruch zu retten, die  
 wesentliche Aufgabe der jetzigen Regierung war  
 und ist. Vor dem Krieg eroberte das Reich jährlich  
 nicht ganz 2 Milliarden Steuern und Abgaben,  
 Einzelstaaten und Gemeinden etwa 3 Milliarden.  
 Beim Friedensschluß ist das Einkommen der  
 Einnahmen, die das Reich für seine Bedürf-  
 nisse gebrauchte: jährlich über 17 Milliarden.  
 Die Einnahmen der Einzelstaaten und Gemeinden  
 sind mit mindestens 6 Milliarden jährlich an-  
 zusehen. Die Einnahmen des Reiches müssen  
 um 90 Prozent gesteigert werden, die der  
 Einzelstaaten und Gemeinden um vielleicht 100  
 Prozent. Viel enger als früher ist das finanzielle  
 Verhältnis zwischen Reich und Einzelstaaten.  
 Denn Reich und Einzelstaaten haben nach dem  
 Friedensvertrag als gemeinsame Verpflichtung dem  
 Vertragsgegner gegenüber. Die Gemeinschaft  
 der Interessen von Reich, Einzelstaaten und Ge-  
 meinden wird es mit sich bringen, daß es gütliche  
 Steuererlöse in Deutschland nicht mehr  
 geben wird. Der deutsche Steuerzahler wird  
 künftig keine Sorge mehr haben, anzuhängen,  
 ob er mit Steuern billiger wegkommt, wenn er  
 in Berlin, Braunschweig, Koblenz oder am  
 Bodensee wohnt.

Der Bedarf des Reiches selbst ist künftig  
 in: a) Inlandsbedarf, b) Wiedergutmachungen.  
 Die voranschreitenden Jahresausgaben werden  
 sich auf rund 17,5 Milliarden Mark belaufen.  
 In den kommenden 4 Monaten haben wir Vor-  
 schläge auszuarbeiten und zu sagen, wie wir  
 uns die Erfüllung unserer Verpflichtungen denken.  
 Angesichts dieser unserer Aufgaben wage  
 ich kaum das Wort auszusprechen, mit dem ein  
 Finanzminister aussprechen und zu Bett gehen  
 muß, das Wort von der Sparbarkeit. Ich bin  
 fest entschlossen, den Weg der harten Spar-  
 kamkeit überall zu gehen. Der erste Schritt ist  
 keine unproduktiven Ausgaben mehr.  
 Darum muß auch der sachgemäße Abbau der  
 Arbeitslosenunterstützung in Auge gefaßt werden  
 lohnende Arbeit, nicht Arbeitslosenunterstützung  
 ist das Ziel.  
 Wie soll der Gesamtbedarf gedeckt werden,  
 den ich für Reich, Einzelstaaten und Gemeinden  
 mit rund 25 Milliarden Mark beziffere darf?  
 Meine Pläne stehen bereits fest. In diesem  
 Augenblick nur einige Angaben: die laufenden  
 finanziellen Reichseinnahmen der dem Staat  
 zuzurechnen sind um 1 Milliarden Mark zu



Seine Cablage.

Berlin, 2. Juli. Der große Kanal des Westens... hat sich in der vergangenen Nacht eröffnet.

Runde Dämme waren gleich dabei, die Eisenbahnen der Provinz zu beschleunigen.

Bei den Dankbeamten.

Berlin, 2. Juli. Die Dankbeamtenverein... wurde nach einer Versammlung der Dankbeamten...

Die Dankbeamtenverein in den Provinzen... hat sich am Sonntagabend in Berlin versammelt.

Ähren in Hannover.

Hannover, 2. Juli. Gestern Abend wurden... die am Bahnhof eingetroffenen Truppen...

Die Truppen wurden durch die Ähren... in Hannover empfangen.

Wer ausgeliefert werden soll.

Berlin, 2. Juli. Unter den gefassten... genannten Personen werden von neutralen...

Die Namen der Ausgelieferten sind... unter anderem: General von...

Preussische Landesversammlung.

Berlin, 2. Juli. Im Regierungssitz: Beamtlich... auf der Tagesordnung stehen...

Die Landesversammlung wird... am nächsten Tag eröffnet.

Geheimnisse über Sozialdemokraten.

geführt worden sind, ob die Regierung die... Führung solcher Ämter unumgänglich...

Die Regierung betrachtet... die Geheimnisse als ein wichtiges...

Die Regierung wird... die Geheimnisse weiterverfolgen.

Die Regierung wird... die Geheimnisse weiterverfolgen.

Die Regierung wird... die Geheimnisse weiterverfolgen.

Die Regierung wird... die Geheimnisse weiterverfolgen.

Die Regierung wird... die Geheimnisse weiterverfolgen.

Die Regierung wird... die Geheimnisse weiterverfolgen.

Die Regierung wird... die Geheimnisse weiterverfolgen.

Die Regierung wird... die Geheimnisse weiterverfolgen.

Die Regierung wird... die Geheimnisse weiterverfolgen.

Die Regierung wird... die Geheimnisse weiterverfolgen.

Abg. Schiffer (Dem.).

Die Regierung wird... die Geheimnisse weiterverfolgen.

Abg. Reil (Soz.).

Die Regierung wird... die Geheimnisse weiterverfolgen.

Abg. Jarowil (Str.).

Die Regierung wird... die Geheimnisse weiterverfolgen.

Abg. Jarowil (Str.).

Die Regierung wird... die Geheimnisse weiterverfolgen.

Abg. Jarowil (Str.).

Die Regierung wird... die Geheimnisse weiterverfolgen.

Abg. Jarowil (Str.).

Die Regierung wird... die Geheimnisse weiterverfolgen.

Die Regierung wird... die Geheimnisse weiterverfolgen.

Abg. Jarowil (Str.).

Die Regierung wird... die Geheimnisse weiterverfolgen.

Abg. Jarowil (Str.).

Die Regierung wird... die Geheimnisse weiterverfolgen.

Abg. Jarowil (Str.).

Die Regierung wird... die Geheimnisse weiterverfolgen.

Abg. Jarowil (Str.).

Die Regierung wird... die Geheimnisse weiterverfolgen.

Abg. Jarowil (Str.).

Die Regierung wird... die Geheimnisse weiterverfolgen.

Abg. Jarowil (Str.).

Die Regierung wird... die Geheimnisse weiterverfolgen.

Die Regierung wird... die Geheimnisse weiterverfolgen.

Abg. Jarowil (Str.).

Die Regierung wird... die Geheimnisse weiterverfolgen.

Abg. Jarowil (Str.).

Die Regierung wird... die Geheimnisse weiterverfolgen.

Abg. Jarowil (Str.).

Die Regierung wird... die Geheimnisse weiterverfolgen.

Abg. Jarowil (Str.).

Die Regierung wird... die Geheimnisse weiterverfolgen.

Abg. Jarowil (Str.).

Die Regierung wird... die Geheimnisse weiterverfolgen.

Abg. Jarowil (Str.).

Die Regierung wird... die Geheimnisse weiterverfolgen.

Hildas Geheimnis.

Roman von Maria Linden.

„Ja, Hildas Geheimnis“, sagte Wilhelms... Er sah wie ein Geheimnis aus...

Das Fräulein, welches den... Hildas Geheimnis... er die Gräfin, die im höchsten Grade...

Hilda schrie eklig... die Gräfin sagte: „Schaden Sie Wilhelms...“

„Schaden Sie Wilhelms...“... Hilda schrie eklig... die Gräfin sagte: „Schaden Sie Wilhelms...“

„Schaden Sie Wilhelms...“... Hilda schrie eklig... die Gräfin sagte: „Schaden Sie Wilhelms...“

„Schaden Sie Wilhelms...“... Hilda schrie eklig... die Gräfin sagte: „Schaden Sie Wilhelms...“

„Schaden Sie Wilhelms...“... Hilda schrie eklig... die Gräfin sagte: „Schaden Sie Wilhelms...“

„Schaden Sie Wilhelms...“... Hilda schrie eklig... die Gräfin sagte: „Schaden Sie Wilhelms...“

„Schaden Sie Wilhelms...“... Hilda schrie eklig... die Gräfin sagte: „Schaden Sie Wilhelms...“

„Schaden Sie Wilhelms...“... Hilda schrie eklig... die Gräfin sagte: „Schaden Sie Wilhelms...“

„Schaden Sie Wilhelms...“... Hilda schrie eklig... die Gräfin sagte: „Schaden Sie Wilhelms...“

„Schaden Sie Wilhelms...“... Hilda schrie eklig... die Gräfin sagte: „Schaden Sie Wilhelms...“

„Schaden Sie Wilhelms...“... Hilda schrie eklig... die Gräfin sagte: „Schaden Sie Wilhelms...“

„Schaden Sie Wilhelms...“... Hilda schrie eklig... die Gräfin sagte: „Schaden Sie Wilhelms...“

„Schaden Sie Wilhelms...“... Hilda schrie eklig... die Gräfin sagte: „Schaden Sie Wilhelms...“

„Schaden Sie Wilhelms...“... Hilda schrie eklig... die Gräfin sagte: „Schaden Sie Wilhelms...“

„Schaden Sie Wilhelms...“... Hilda schrie eklig... die Gräfin sagte: „Schaden Sie Wilhelms...“

„Schaden Sie Wilhelms...“... Hilda schrie eklig... die Gräfin sagte: „Schaden Sie Wilhelms...“

„Schaden Sie Wilhelms...“... Hilda schrie eklig... die Gräfin sagte: „Schaden Sie Wilhelms...“

„Schaden Sie Wilhelms...“... Hilda schrie eklig... die Gräfin sagte: „Schaden Sie Wilhelms...“

„Schaden Sie Wilhelms...“... Hilda schrie eklig... die Gräfin sagte: „Schaden Sie Wilhelms...“

„Schaden Sie Wilhelms...“... Hilda schrie eklig... die Gräfin sagte: „Schaden Sie Wilhelms...“

„Schaden Sie Wilhelms...“... Hilda schrie eklig... die Gräfin sagte: „Schaden Sie Wilhelms...“

„Schaden Sie Wilhelms...“... Hilda schrie eklig... die Gräfin sagte: „Schaden Sie Wilhelms...“

„Schaden Sie Wilhelms...“... Hilda schrie eklig... die Gräfin sagte: „Schaden Sie Wilhelms...“

„Schaden Sie Wilhelms...“... Hilda schrie eklig... die Gräfin sagte: „Schaden Sie Wilhelms...“



1914... Des Regierungsrates...

Auf die Anfrage des Abg....

Abg. Göttschmann...

Auf die Anfrage des Abg....

Abg. Wenzel...

Der Gesandtschafts...

Auf der Tagesordnung...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Wappenstein...

Freuden eines Landsturmmannes...

Der 46 Jahre alte...

Der 46 Jahre alte...

Der 46 Jahre alte...

Der 46 Jahre alte...

Der 46 Jahre alte...

Der 46 Jahre alte...

Der 46 Jahre alte...

Der 46 Jahre alte...

Der 46 Jahre alte...

Der 46 Jahre alte...

Der 46 Jahre alte...

Der 46 Jahre alte...

Der 46 Jahre alte...

Der 46 Jahre alte...

Der 46 Jahre alte...

Der 46 Jahre alte...

Der 46 Jahre alte...

Der 46 Jahre alte...

Der 46 Jahre alte...

Der 46 Jahre alte...

Der 46 Jahre alte...

Der 46 Jahre alte...

Der 46 Jahre alte...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 2. Juli.

Das Raubgefährt der Südbahn!

Die südbahnliche...

Die südbahnliche...

Die südbahnliche...

Die südbahnliche...

Die südbahnliche...

Die südbahnliche...

Die südbahnliche...

Die südbahnliche...

Die südbahnliche...

Die südbahnliche...

Die südbahnliche...

Freuden eines Landsturmmannes.

Breslau, den 2. Juli.

Das Raubgefährt der Südbahn!

Die südbahnliche...

Die südbahnliche...

Die südbahnliche...

Die südbahnliche...

Die südbahnliche...

Die südbahnliche...

Die südbahnliche...

Die südbahnliche...

Die südbahnliche...

Die südbahnliche...

Die südbahnliche...

Briefkasten.

Breslau, den 2. Juli.

Das Raubgefährt der Südbahn!

Die südbahnliche...

Die südbahnliche...

Die südbahnliche...

Die südbahnliche...

Die südbahnliche...

Die südbahnliche...

Die südbahnliche...

Die südbahnliche...

Die südbahnliche...

Die südbahnliche...

Die südbahnliche...

Galle tren zur Presse.

Breslau, den 2. Juli.

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Wasserstands-Nachrichten.

Breslau, den 2. Juli.

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Seitens.

Breslau, den 2. Juli.

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Augenlinsen-Spezialist.

Breslau, den 2. Juli.

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Abg. Wenzel...

Aus aller Welt.

Breslau, den 2. Juli.

Wasserstands-Nachrichten.

Breslau, den 2. Juli.

Seitens.

Breslau, den 2. Juli.

Augenlinsen-Spezialist.

Breslau, den 2. Juli.











Das Verbrechen des Doppels... Die Doppelverbrechen werden über die Verbrechen der Mord... in einem Bericht der Sprengung des Kriminalbureau...

Kriegssteuer mit Schiebertum... Laut Stellungnahmen soll noch diesen Monat der Gesetz über die Veranlagung der Kriegssteuern...

Ausbeutung der Mitarbeiter... Wenn alles nach den hohen Honorarverträgen... so sagen die Kapitalisten immer wieder: Ja, die hohen Produktionskosten...

Wird gefordert, wenn man nicht weiß, daß von den Herren... 50 Mark und mehr für eine... die Arbeiter...

Fürstliche Schabladellen... Im Prinzipien bei... in Schlesien... die Fürstlichen Schabladellen...

Man kann wohl behaupten, daß die gewesene... Schabladelle... die Arbeiter...

Städtische... Eine außerordentliche... Arbeiter...

Sozialdemokratische... 18. Juli... in der...

Freiburg... Sozialdemokratische... in der...

Freiburg... Sozialdemokratische... in der...

Freiburg... Sozialdemokratische... in der...

Freiburg... Sozialdemokratische... in der...

Freiburg... Sozialdemokratische... in der...

Freiburg... Sozialdemokratische... in der...

Freiburg... Sozialdemokratische... in der...

Freiburg... Sozialdemokratische... in der...

Freiburg... Sozialdemokratische... in der...

Darlehen... 11572... Franz...

Geld-Darlehen... 11572... Franz...

Berleihe Geld... 11572... Franz...

Kol. Kille, Anstalt... 11572... Franz...

Straffachen... 11572... Franz...

Union... 11572... Franz...

Trockengemüse... 11572... Franz...

Marke „Gefo“... 11572... Franz...

Stroh... 11572... Franz...

Anzüge... 11572... Franz...

Chaiselongues... 11572... Franz...

Stoff-Lauben... 11572... Franz...

Ein Posten... 11572... Franz...

Ein Posten... 11572... Franz...

Ein Posten... 11572... Franz...

Ein Posten... 11572... Franz...

Ein Posten... 11572... Franz...

Ein Posten... 11572... Franz...

Kgl. Kgl. Büffel... 11572... Franz...

Möbel... 11572... Franz...

C. Fuchs... 11572... Franz...

Stoff-Lauben... 11572... Franz...

Ein Posten... 11572... Franz...

Ein Posten... 11572... Franz...

Ein Posten... 11572... Franz...

Ein Posten... 11572... Franz...

Ein Posten... 11572... Franz...

Knopflöcher... 11572... Franz...

Der praktische Sattler... 11572... Franz...

Ein Posten... 11572... Franz...

Ein Posten... 11572... Franz...

Ein Posten... 11572... Franz...

Ein Posten... 11572... Franz...

Ein Posten... 11572... Franz...

Ein Posten... 11572... Franz...

Ein Posten... 11572... Franz...

Mein Polizeihund „Lux“... 11572... Franz...

Spezialhaus... 11572... Franz...

Wohnungseinrichtungen... 11572... Franz...

L. Rosner... 11572... Franz...

Achtung! Vollmilch!... 11572... Franz...

Einzel feder-Bereifung... 11572... Franz...

Chubut... 11572... Franz...

Einzel feder-Bereifung... 11572... Franz...

Einzel feder-Bereifung... 11572... Franz...

Besammlungen und Berichte... 11572... Franz...

Versammlung... 11572... Franz...

Arbeiter-Verband... 11572... Franz...

Mitgliederversammlung... 11572... Franz...

Sachwitz - Canth... 11572... Franz...

Zwei außerordentliche... 11572... Franz...

Paul Fahrroth... 11572... Franz...

Möbel... 11572... Franz...

Möbel... 11572... Franz...











Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 9. Juli.

Aus dem Arbeitersekretariat. Das Arbeitersekretariat der freien Gewerkschaften wurde im Monat Juni von 1199 Personen in Anspruch genommen. Davon waren 684 männliche und 515 weibliche Personen; sonstige Personen waren 78 männlich, 284 weiblich; von auswärts erschienen 160 Personen. Von den Besuchern waren organisiert 668 gewerkschaftlich, 189 in der Partei und 10 waren organisationsunfähig. Es wurden 1217 mündliche Auskünfte erteilt, davon auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung 136, Arbeits- und Dienstvertrag 221, Bürgerliches Recht 206, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 390, Strafrecht 71 und Arbeiterbewegung und Diverses 36. Außerdem machten noch 296 Schriftsätze angefertigt werden, wovon 64 auf militärischem Gebiete. Das Arbeitersekretariat ist von nun an für die Besucher geöffnet von 11 bis 1 Uhr vormittags und von 5 bis 7 Uhr nachmittags.

Organisations-Beschneidung. Die Mitglieder der Breslauer Fraktionen des ehemaligen Bundes der technisch-industriellen Beamten und des Deutschen Techniker-Verbandes haben, nachdem die Beschneidung der beiden Verbände vollzogen war, nun auch in Breslau die Zusammenlegung der Verwaltung beschlossen. Als 1. Vorsitzender der Ortsgruppe Breslau wurde der bisherige Obmann des V. t.-l. V., Stadtverordneter Ingenieur Bräuninger, einstimmig gewählt, der dann sofort das Arbeitsprogramm des neuen Bundes entwickelte.

Bei vollständiger politischer und religiöser Neutralität steht die neue Einheits-Organisation aller technischen Angestellten und Beamten auf dem Boden des Arbeit und Arbeit und betont die Notwendigkeit des schärfsten Kampfes gegen den Kapitalismus in Gemeinschaft mit den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter. 80.000 Kollegen stehen heute bereits in einer Front. Die kommende Reorganisation der Arbeit im System der Betriebs- und Wirtschaftsräte wird dem Techniker einen hervorragenden Platz sichern, wenn er die neue Zeit recht versteht. Mit der Aufforderung, der neuen Gewerkschaft die Treue zu bewahren und tatkräftig die Leistung zu unterstützen, schloß der Redner. Den Ausführungen folgte eine lebhafte Ansprache.

Eine Vereinfachung ehemaliger Kriegs- und Zivilisangener ist am Mittwoch in Breslau gerichtet worden und bezweckt die wirtschaftliche Interessenvertretung der Zurückgekehrten. Die Geschäftsstelle des Vereins befindet sich im Generalkommando. Die Vereinfachung stellt folgende Forderungen an die Regierung. Die bisher für die Dauer der Kriegesangenschaft verweigerten Löhne sollen nachgezahlt. Allen ehemaligen Kriegs- und Zivilisangenen, die durch die Nichtausübung der Berufstätigkeit zurückgefallen sind, sollen die durch die Kriegesangenschaft verursachten Schäden durch die Regierung ersetzt werden. Die Forderungen sind in allen Fällen, in denen höhere Preise verlangt werden, die Waren zu beschlagnahmen und Strafanzeige wegen Wucher zu erlassen. - Recht ist aber nur durch schwere Strafen kann dem Wucher das unlaubere Handwerk gelegt werden.

Ein höherer Knaben- und Mädchenklub für den Bezirk des Nikolaiviertel der Nikolaiviertel für seinen Stadteil, und zwar schon für den 1. April 1920. Er weist dem Magistrat in einer Eingabe nach, daß das Nikolaiviertel in dieser Beziehung geradezu rückwärtig behandelt worden ist, während alle anderen Stadteile besser daran sind. - Die Herrschaften scheinen schon ganz vergessen zu haben, daß in Deutschland die Einheitschule beschlossene Sache ist und daß damit in Breslau mit dem nächsten 1. April der Anfang gemacht werden soll. Daß eine Schule der besser Beshabten nach dem Nikolaiviertel kommen muß, halten wir für ganz selbstverständlich.

Zur Förderung besonders begabter Volk- und Fortbildungsschüler können noch Unterstützungen vergeben werden. Nur nachweislich begabte, bedürftige, schuleisigere Volksschüler können in Betracht, die sich in Aussicht auf diese Beihilfe dem Handwerker zugehend und haben aber zum Zwecke ihrer weiteren Ausbildung die Handwerker- und Kunstgewerbeschule oder eine ähnliche Anstalt besuchen. Ferner solche begabte Knaben und Mädchen aus den städtischen Volksschulen, die sich dem Lehrberufe widmen wollen und schließlich auch noch solche, die sich zum Besuche einer Mittels- oder Realschule einkaufen oder die Handelschule besuchen. Die Gesuche, denen das Schulentscheidungsamt, der Lehrvertrag und etwaige zur Beurteilung der Würdigkeit dienenden Unterlagen beizufügen sind, sind an das Magistratsbureau IV, Gartenstraße 3, Gartenhaus 2, einzuweisen.

Schwarzes Tuch im Werte von 50.000 Mark hat am 13. Juni ein Mann in Soldatenkleidung aus dem Speicher Lauenpfortstraße 125 unrechtmäßig auf einem Tafelwagen abgeholt. Wahrscheinlich hat der Spürhund den Stoff schon verkauft. Personen, die unter der Hand solchen Stoff erworben haben oder sonst über den Verbleib der Ware Auskunft geben können, werden ersucht, sich im Polizeipräsidium, Schulstraße 46, Zimmer 12, zu melden, namentlich Käufer des Stoffes, um sich vor dem Verdacht der Hehlerei zu schützen.

Aus dem Zigaretten-Depot wurde in der letzten Zeit eine Menge Wäpche, Hemden, Latex, Bezüge usw. gestohlen. In diesen Tagen ist ein Kaufmann festgenommen worden, der diese Wäpche zum Verkauf brachte; er hat sie von den Dieben angekauft, obgleich sie als gestohlene Wäpche zu erkennen waren.

Schlag 80 Pfg. sind für ein Pfund noch zu zahlen. Der Erzeugerpreis wuchs auf diesen Wert und entsprechend werden.

Drittel Wahrenen in Grubstube. Diesmal hat der Verein für Wahrenen den vielstündigen Publikumserfolg in den beiden Wahrenen. Alle Wahrenen waren gut besucht und wurden mit Spannung verfolgt. Den großen Preis von Breslau gewann der Weltmeister Wahren, und im Bräuningerfahren für Wahrenfahrer konnte sich Schwab den Sieg holen. Auch ein Zweifelfahren, in dem Hansler-Wahren am siegreich blieben, wurde gehalten. Die Wahrenfahrer boten ein wenig spannendes Rennen, das Wahrenfahrer Müller (H. W. Adler) gewann. Im Dauerfahren hinter Rotoren für Klasse B starteten auch 2 Breslauer Steher, die aber den Ehrlieg dem überaus besseren Schröder-Wahren überlassen mußten. Das größte sportliche Ereignis des Tages war das Dauerfahren der Klasse A hinter Rotorschrittmachern. De w a n o w - W e r l i n war hier der beste Mann. Die von ihm gefahrenen Zeiten bedeuteten hinter der 50 km Rolle Bahnlänge. Ein ernstlicher Konkurrenz war ihm nur der aus belandete Kojellen. Weiß, der Sieger des zweiten Breslauer Wahrens, landete durch allerlei Kad- und Rotordiebstahl an letzter Stelle.

Bitzberaternachrichten werden in den Monaten Juli, August und September an jedem Dienstag wieder in Breslau, in den Räumen der alten Börse, Plätscherplatz 10, Zimmer 116, durch Herrn Professor Dr. Dietrich abgehalten. Die erste Beratungskunde ist morgen Dienstag und dann jeden folgenden Dienstag mit Ausnahme der beiden ersten Diensttage im August. Der Besuch ist mit keinerlei Kosten verbunden.

District 15 Streifenbesorger. Am Montag den 14. Juli abends 7.30 findet bei Schmidt, Güterstraße 50, ein wichtiger Districtabend statt. Außer einem Vortrage, steht die Reuwaahl der gesamten Districtleitung auf der Tagesordnung. Die Mitglieder des Districts werden gebeten zu dieser wichtigen Zusammenkunft vollständig zu erscheinen.

District-Veranstaltungen. Der District 10 veranstaltete am vergangenen Sonntag einen Dampfesaufzug nach Barteln bei Wilhelmshafen, an dem fast 700 Personen teilnahmen. Am Ausflugsorte entwickelte sich mit Hilfe des Ruffvereins „Humor“ und der frohen Jugend ein lustiges Treiben, so daß der Nachmittag, trotz eines kurzen Regens, allen in der angenehmsten Weise verging. Zu wünschen wäre, daß allen Kufen, die die Partei an ihre Mitglieder ergötzen läßt, so zahlreich und freudig Folge geleistet wird wie dem Ruf zum Vergnügen.

Gegen den Pfefferkuchentwucher. In recht vielen Geschäften und namentlich im Straßenhandel wird häufig Pfefferkuchen zu Wucherpreisen angeboten, der meist aus im Schleichhandel erworbenen Rohstoffen hergestellt ist. Nach dem Gutachten der Preisprüfstelle muß der Preis von 6 Mark für 1 Pfd. guten Pfefferkuchens als höchst zulässiger angesehen werden. Der Polizeipräsident weist die Gewerbetreibenden darauf mit dem Bemerkten hin, daß er die Außenbeamten beauftragt habe, die betreffenden Geschäfte und Straßenhändler der schärfsten Aufsicht zu unterziehen und in allen Fällen, in denen höhere Preise verlangt werden, die Waren zu beschlagnahmen und Strafanzeige wegen Wucher zu erlassen. - Recht ist aber nur durch schwere Strafen kann dem Wucher das unlaubere Handwerk gelegt werden.

Ein höherer Knaben- und Mädchenklub für den Bezirk des Nikolaiviertel der Nikolaiviertel für seinen Stadteil, und zwar schon für den 1. April 1920. Er weist dem Magistrat in einer Eingabe nach, daß das Nikolaiviertel in dieser Beziehung geradezu rückwärtig behandelt worden ist, während alle anderen Stadteile besser daran sind. - Die Herrschaften scheinen schon ganz vergessen zu haben, daß in Deutschland die Einheitschule beschlossene Sache ist und daß damit in Breslau mit dem nächsten 1. April der Anfang gemacht werden soll. Daß eine Schule der besser Beshabten nach dem Nikolaiviertel kommen muß, halten wir für ganz selbstverständlich.

Zur Förderung besonders begabter Volk- und Fortbildungsschüler können noch Unterstützungen vergeben werden. Nur nachweislich begabte, bedürftige, schuleisigere Volksschüler können in Betracht, die sich in Aussicht auf diese Beihilfe dem Handwerker zugehend und haben aber zum Zwecke ihrer weiteren Ausbildung die Handwerker- und Kunstgewerbeschule oder eine ähnliche Anstalt besuchen. Ferner solche begabte Knaben und Mädchen aus den städtischen Volksschulen, die sich dem Lehrberufe widmen wollen und schließlich auch noch solche, die sich zum Besuche einer Mittels- oder Realschule einkaufen oder die Handelschule besuchen. Die Gesuche, denen das Schulentscheidungsamt, der Lehrvertrag und etwaige zur Beurteilung der Würdigkeit dienenden Unterlagen beizufügen sind, sind an das Magistratsbureau IV, Gartenstraße 3, Gartenhaus 2, einzuweisen.

Schwarzes Tuch im Werte von 50.000 Mark hat am 13. Juni ein Mann in Soldatenkleidung aus dem Speicher Lauenpfortstraße 125 unrechtmäßig auf einem Tafelwagen abgeholt. Wahrscheinlich hat der Spürhund den Stoff schon verkauft. Personen, die unter der Hand solchen Stoff erworben haben oder sonst über den Verbleib der Ware Auskunft geben können, werden ersucht, sich im Polizeipräsidium, Schulstraße 46, Zimmer 12, zu melden, namentlich Käufer des Stoffes, um sich vor dem Verdacht der Hehlerei zu schützen.

Aus dem Zigaretten-Depot wurde in der letzten Zeit eine Menge Wäpche, Hemden, Latex, Bezüge usw. gestohlen. In diesen Tagen ist ein Kaufmann festgenommen worden, der diese Wäpche zum Verkauf brachte; er hat sie von den Dieben angekauft, obgleich sie als gestohlene Wäpche zu erkennen waren.

Schlag 80 Pfg. sind für ein Pfund noch zu zahlen. Der Erzeugerpreis wuchs auf diesen Wert und entsprechend werden.

1000 Mk. gestohlen hatte ein Dienstmädchen ihrer Dienstherrin. Die Diebin wurde dieser Tage ermittelt und festgenommen. Man fand von Gelde aber nur noch 219 Mk. vor, für den übrigen Betrag hatte sich das Mädchen bereits vertheilte Sachen angeschafft.

Wassende Schwinder. In Breslau sind in letzter Zeit mehrfach Geschäftleute und auch Private von Bigarettenreisenden angegriffen worden, die Kauflustige gänzlich hineingelegt haben. Die betroffenen Schwinder führen einen größeren Vorrat der Ware mit sich, die sie vor dem langweiligen Kunden in Päckchen und bieten Wucher zum Probieren an, die natürlich ausgezehrt sind. Häufig wird dann ein größerer Betrag gekauft und der oft recht bedeutende Betrag sofort gezahlt. Gar bald wird dann der Käufer gewahrt, daß er mit der abgebenen Erzeugnisse betrogen worden ist. Man sei also gewarnt und überlasse einen solchen Schwinder sofort dem nächsten Polizeibeamten.

Breslau (Land)-Neumarkt. Eingemeindungsfragen.

Schon vor ungefähr 10 Jahren beabsichtigte die Stadt Breslau, um 22 Dörfer des Landkreises Breslau einzugemeinden, doch sind die Verhandlungen seinerzeit gescheitert. Erstens sträubte sich der alte Landrat, Dr. Wiselhaus, mit aller Gewalt dagegen, zweitens aber bot die Stadt so herzlich wenig an Verbesserungen, so daß nur einige Gemeinden sich für die Eingemeindung aussprachen. Während des Krieges ruhte die Angelegenheit, nun aber taucht der Gedanke wieder aus der Vertiefung auf. Diesmal ist der Plan bedeutend größer, umfaßt er doch 48 Landgemeinden und Gutsbezirke, die von der Eingemeindung erfasst werden sollen. Wir lassen sie nachstehend folgen, fangen an der rechten Oberuferseite an und wir gehen im Kreise anschließend weiter:

- Grüneiche, Bischofsstraße, Bartheln, Gimpel, Wilhelmshof, Schwoitz, Drachenbrunn, Gwallen, Friedenthal, Schottwitz, Carolow, Rosenthal, Bilsenthal, Pöhlmann, Leipe-Petersdorf, Probst, Weide, Dänisch, Cosel, Bilsnig, Schmiebsfeld, Klein-Gandau, Klein-Wochern, Maria-Höfen, Neutisch, Groß-Wochern, Opperau, Krieteren, Kartlieb, Meitendorf, Bettlern, Gränzhöl, Pohe, Rundscht, Wessig, Oltachin, Wöschwitz, Klein-Tschansch, Groß-Tschansch, Breslau, Benkowitz, Radwanitz, Mithofnaß, Jedlitz, Trebschen, Pirschom, Fleischwitz, Etkowitz.

Breslau mutet sich etwas sehr viel zu, denn daß eine solche große Anzahl Dörfer notwendig sind, um die Siedlung zu betreiben, die Einwohner mit Schrebergärten zu versorgen und die Baulastigkeit sich entlasten zu lassen, glaubt doch außer dem Magistrat kein vernünftiger Mensch. Aber ganz abgesehen davon, er wird vor allen Dingen auf eine größere Anzahl anderer Städte verweisen, die ähnliche Eingemeindungen schon vor Jahren vorgenommen haben. Alles ganz gut und schön, der Magistrat vergißt nur, daß diese Städte schon vorher mit den Landgemeinden innig durch ein ausgebautes Straßenbahnnetz verbunden waren, s. P. Cöln, Hannover, Dresden, Leipzig, während bei uns allerlei lässliche Schwereigkeiten gemacht werden, um den Verkehr mit den Vororten unmöglich zu machen. Wir erinnern nur an Rosenthal, Carolow, Leebenteufel, (schon eingemeindet). Wir weisen aber ganz besonders darauf hin, daß die Straßenverhältnisse in den schon vor vielen Jahren eingemeindeten Vororten wie Gräbchen, Herdau, Dürgoh, ja sogar Bövelwitz noch die denkbar traurigsten sind, obwohl letzteres schon über 20 Jahre zur Stadt gehört.

Daher brüht sich auch der Magistrat dieses Mal sehr vorsichtig aus, indem er meint, daß im Falle der Eingemeindung nicht gleich verlangt werden kann, die Gemeinden als bald mit allen städtischen Einrichtungen zu versehen, sondern das bleibt der späteren Entwicklung überlassen. Das weiß ein jeder, daß es nicht sofort möglich ist, etwas derartiges Genußreiches zu schaffen, aber mit Verlaub Herr Oberbürgermeister und Herr Magistrat, Sie sind bisher allen Wünschen über bessere Straßenbahnverbindungen taub geblieben, so daß zu befürchten ist, daß, wenn erst einmal die Vororte ihre Selbstständigkeit ausgegeben haben, sie auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sind. Wenn auch die jetzige Mehrheit im Stadtverordnetenkollegium eine andere Zusammenfassung aufweist wie früher und vertrauenswürdig ist, so wird es der Stadt infolge der schlechten Finanzen nicht möglich sein, in absehbarer Zeit auch nur das Geringste zu schaffen, was dringend notwendig wäre, so z. B. ist auf Wasser und Kanalisation auf ein Jahrzehnt nicht zu rechnen, da ja der Druck des Wasserwerkes dazu nicht ausreicht; dasselbe trifft auch bei dem Gas zu, aber auch an einen Ausbau oder Aufbesserung der Straßen ist nicht zu denken. Elektrisches Licht haben fast alle Gemeinden des Kreises, nicht bloß die Vororte, jedoch dieses für uns nicht in Betracht kommt.

Wenn gesagt wird, daß auch das städtische Polizeirecht nicht sofort in Wirklichkeit treten wird, so verpöcht die Stadt etwas, auf das sie gar keinen Einfluß hat, denn wenn nach der Eingemeindung die Polizei etwas verfährt, so kümmert sie sich nicht im geringsten darum, ob sie für die einzelnen Stadteile zugänglich ist, denn dann hat sich der Vorort j e d e n E i n p r u c h e s begeben und dann hilft kein Protest oder papierner Vorbehalt. End so wird man belächeln den armen Leuten ihre Viehküsten auf dem Hofe verbieten, verlangt geruchlose Ableitung der Abwässer, Beseitigung der Dünghäufungen in der Nähe der Häuser. Das wäre alles das, was jetzt erlaubt ist.

Wenn die Stadt auch eine Verbesserung durch Lebensmittel verspricht, so vergißt sie das eine, daß bis zur Erledigung der Eingemeindungsfrage vergehen und bis dahin eine vollständige Umgestaltung unserer jetzigen Ernährungsverhältnisse eingetreten ist.

Waffen und Pflanzlinge, schnelle Hilfe bei Unfällen, Erkrankungen oder Epidemien, eben- so größere Sicherheit oder schnellere Hilfe bei ausbrechenden Bränden, Erleichterung der un- tersten Steuerklasse, an der ganz besonders die Arbeiter interessiert sind, Verbesserung der Schulverhältnisse. Aber eine große Anzahl von Vororten haben in letzter Beziehung schon manches Gutes geschaffen und so fällt dieses nicht so sehr ins Gewicht, um- sonst, da ja jetzt durch Umgestaltung des Land- ratpostens sowie völlige Umgestaltung des früher fast konservativen Kreistages und Kreisau- schusses eine ganz andere Stellung des Kreises erfolgt. Auch durch die neue Landgemein- deordnung wird es in den einzelnen Gemeinden möglich werden, mehr zum Wohle der Gemein- de zu wirken, als es früher unter dem Drei- klassenwahlrecht der Fall war. Aber auch an die bestehenden Klassen innerhalb der Vororte wird das Ersehen gerichtet werden, mehr wie bisher von ihrem Privatstand zu nehmen und mehr Mühe zu tun auch auf die minderbemittelte Bevölkerung bei allen ihren Beschäftigungen.

Nicht von der Hand zu lassen ist aber die Befürchtung, daß es der Stadt vor allen Dingen darauf ankommt, die ungeheure Schulverschuldung, unter der sie leidet, auf eine größere Anzahl Steuerzahler zu verteilen, denn in Betracht kommen 46.000 Einwohner der Vororte und da sind außer schwerreichen Industriellen und Groß- grundbesitzern auch eine Anzahl Rentiers zu finden, ganz besonders in Grüneiche, Bischofsstraße, Car- lowitz und Prietern. Doch wie dem auch sei, die Arbeiterklasse wird das für und wider eingehend prüfen, ohne sich von dem Geschrei einzelner Interessenten irreführen zu lassen. Eine Kon- ferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter findet am Sonntag, den 3. August 1919, statt, um sich mit der Frage zu beschäftigen und zu dem Antage des Magistrats Stellung zu nehmen. Zeit und Stunde wird noch bekanntgegeben. Vielleicht ist es möglich, dazu den Stadtverord- neten-Sitzungssaal zu bekommen.

Klein-Wochern. In der letzten Ge- meindevertreter-Sitzung wurde ab- gefasste Punkte verhandelt: Regelung der Ge- hälter der Gemeindebeamten. Alle Anträge, von uns gestellt, wurden einstimmig angenommen. Die Beratung über den Statutenentwurf des Kreisgemeindegamts wurde bis zur nächsten Sitzung vertagt. Die Eingemeindung der Gemeinde Klein-Wochern zur Stadt Breslau wurde nach Verlesung des Schreibens vom Magistrat einstimmig abgelehnt, da uns die Stadt Breslau nur Pflichten aber keine Rechte ge- währt, es wurde aber doch von einem Vertreter darauf hingewiesen, daß wir aber kurz oder lang dazu näher Stellung nehmen müßten, da Breslau infolge der immer größer werdenden Ausgaben sich um neue Einnahmequellen bemühen muß. Der Erhöhung der Luftbarkeitssteuer wurde von 2 Mark auf 3 Mark zugestimmt.

Schwoitz. Gemeindevorsteher- s i t z u n g. In der am 5. Juli stattgefundenen Sitzung wurde Genosse Hermann Berzel als 2. Schöffe verpflichtet und seine Frau bestelligt. Ein Teil der Marlenausgabe für Lebensmittel soll Schöffe Berzel in nächster Zeit übernehmen. Auf der Tagesordnung stand weiter die Auf- besserung der Gemeinde-Beamtengehälter. Die genaue Prüfung der Verhältnisse ergab die Not-wendigkeit der Gehaltserhöhung. Der von einem unserer Genossen gestellte Antrag, die Einkommen von 900 - 1500 M., von der Gemeinde-Entlohnungs- steuer frei zu lassen, mußte wegen des im Kreis- ausschuss noch nicht endgültig ausgearbeiteten neuen Steuergesetzes zurückgezogen werden.

Kattern. Unsere Ortsgruppe be- suchte am Sonnabend bei Grotzer einen Sommer- nachtsball, alle Parteimitglieder und Gäste sind willkommen. Näheres siehe getrennt Inserat.

Schlesien und Posen. An Weimar.

Breslau, 8. Juli. Der Reichs- und Staatskommissar für Schle- sien und Posen hat heute, wie die Presse- stelle des Reichskommissars bekannt gibt, an den Reichsministerpräsidenten Bauer folgendes Tele- gramm gerichtet:

Reichsministerpräsident Bauer, Weimar. Die überaus wichtige Angelegenheit der nach dem ab- geschlossenen Friedensvertrage an Polen abzu- tretenden Städte und Dörfer der Kreise Kam- lau und Groß-Bartenberg protestiert gegen die Bergewaltung und fordert den Be- bleib bei Deutschland. Ferner verlangt die Einwohnerschaft der von der Abtretung ausgeschlossenen Kreise Leobschütz und Radibor erneut das Recht der freien Willensäußerung. Die erkrankende Mehrheit der gesamten ober- schlesischen Bevölkerung bittet weiter die Reichs- regierung, mit allen Mitteln darauf hinzu- wirken, daß die Befreiung Oberschlesiens bis zur Abtretung ausschließlich durch ameri- kanische Truppen erfolgt, da sie nur dann eine unbeeinträchtigte Ausübung ihres Abtretungs- rechtes erhoffen kann. Gegen eine etwaige Befreiung Oberschlesiens durch polnische Trup- pen wird härtester Protest erhoben. Ich bitte Sie, diese Willensäußerung des ober-schlesischen Volkes den allertreu und asso- ziierten Mächten schnellstens übermitteln zu wollen.

Der Stand der Streitigkeiten in Oberschlesien. Beuthen, 8. Juli.

Die ober-schlesische Streitfrage ist heute fol- gende: Erloschen ist der Streit auf der Branden- burg-Grube, auf der Myslowitzgrube streiken noch 30 Prozent. Ferner dauert der Streit noch an im Rybnitz Revier, auf Emma, Lina- und Römegrube, desgleichen auf der Glatzgrube, auf dem See-Schacht, auf dem Schindler- schacht und auf dem See-Schacht.



